

Die „Zeit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die preisgebilligste Konkretpresse ohne deren Raum kostet 1.— M. einschließlich Postensteuer. Klein-Konkrete: Das fertige Buch 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Postensteuer.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fortschreitende Stinnesfierung

Auslieferung der Bodenschätze

Die Sozialdemokratische Korrespondenz teilt mit: Die anhaltinische Staatsregierung hat heute den Anteil des Staates an dem Kaliumerz Salzbergwerk an den Berliner Bankier Hugo J. Herzfeld verkauft.

Das Kaliumerz Salzbergwerk gilt als das bei weitem beste Werk der deutschen Kaliindustrie. Zum Ausbau des Werkes hatte sich der anhaltinische Fiskus mit einer Reihe von älteren Privatwerken vereinigt.

Dieses Ereignis muß vom sozialistischen Standpunkt aus außerordentlich bedauert werden. Auf eine solche Weise wird der Einfluß des Staates auf die deutsche Wirtschaft immer geringer.

Freilich kann man der anhaltinischen Finanzverwaltung keinen allzu harten Vorwurf machen. Das Angebot war außergewöhnlich verlockend, und auf der anderen Seite war zu fürchten, daß wenn der Staat den Verkauf abschneide, die im Besitz der Majorität befindliche Kapitalistengruppe durch ungünstige Verträge mit anderen Werken die Rente von Salzbergwerk verschlechtern könnte.

Es muß daher mit allem Ernst die Frage gestellt werden, ob alle Beteiligten das Nützlichste getan haben, um diesen Ausverkauf des Staates an das Privatkapital zu verhindern.

müßte einmal hergestellt werden, ob die Kalibergarbeiter rechtzeitig von der Gefahr unterrichtet waren und ob sie ihrerseits nichts haben tun können, um das Staatseigentum zu retten.

Der Hauptschuldige an der unerfreulichen Entwicklung ist zweifellos die Reichsgesetzgebung, die einen schweren Unterlassungsfehler begangen hat, als sie die staatlichen Interessen in Aktiengesellschaften nicht genügend schützte.

Jedenfalls aber muß die Reichsgesetzgebung Vorkehrungen treffen, daß der traurige Fall Salzbergwerk sich nicht wiederholt, daß kein Staat mehr in die Zwangslage kommt, seinen Besitz zu veräußern oder Schaden zu nehmen.

Die Sozialdemokratische Korrespondenz ist ein rechtssozialistisches Organ, und die Vorwürfe, die ihr Herausgeber Heilmann gegen seine Parteigenossen in Anhalt und gegen die Reichsgesetzgebung erhebt, treffen mit besonderer Schwere die sozialdemokratische Partei.

Die Stinnesfierung des Geistes

Wie eine Korrespondenz mitteilt, werden die „Grenzboten“ vom 1. April ab außer in Heftform auch als Sonntagsbeilage der „Zeit“ erscheinen.

Die „Grenzboten“, eine von konservativer Weltanschauung bestimmte Zeitschrift, gehören zu den ältesten und angesehensten Organen dieser Art; zuletzt sind sie allerdings ein wenig langweilig geworden.

Vorsitzenden des Hauptausschusses zu genehmigen. Die Genehmigung sei ihm jedoch verweigert und damit die Möglichkeit genommen worden, sich gegen die unbedingten Angriffe zu verteidigen.

Der Untersuchungsausschuss wird in einer besonderen Sitzung über das Ergebnis seiner Untersuchungen Beschluß fassen und sodann den Bericht für das Plenum fertigstellen.

In parlamentarischen Kreisen erzählt man sich gegenwärtig, daß die Anträge des Ministers Hermes gegen den Reichsanwalt Wirth bereits zu lebhaften Auseinandersetzungen im Zentrum geführt haben.

Oberst v. Inländer verurteilt. Das Münchener Amtsgericht hat gestern den Oberst v. Inländer, einen bekannten rechtsradikalen Agitator, wegen eines Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921, laut der ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen von Uniformen verlihen worden ist, hietraon nur bei besonders jetzt vom Reichsanwalt bestimmten Anlässen Gebrauch machen dürfen, zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt.

Getreidehauffe

Wettlaufen mit den Weltmarktpreisen

Eine wilde Getreidehauffe machte sich in den ersten fünf Tagen der Berichtszeit an der Berliner Börse bemerkbar. Die Preise stiegen von einem Tag zum anderen ganz gewaltig; Man kann sagen, daß es ein Wettlaufen mit den Weltmarktpreisen war.

Diese Ausführungen entnehmen wir der Donnerstagabendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“. Es ist eine kluge Heuchelei des agrarischen Organs, wenn es dem Handel die Hauptschuld an dem Wucher mit Getreide zuschiebt und außerdem die Erhöhung der Gütertarife dafür verantwortlich macht.

Im übrigen zeigt die Preisbewegung des Getreides seit der neuen Steigerung des Dollars folgendes Bild:

	Weizen	Roggen	Hafer	Mais	Dollar
	märk.	märk.	märk.	ohne Prov.	
16. 2.	485—490	385—388	340—348	340—342	200,54
17. 2.	500—505	371—378	345—353	342—345	204,29
18. 2.	510—523	395—405	355—370	359—365	209,29
20. 2.	535—550	410—425	350—390	356—372	216,53
21. 2.	565—580	435—442	400—415	390—395	219,78
22. 2.	570—580	435—442	390—390	372—368	212,78

Der Kursstand für fremde Devisen hat sich an der gestrigen Börse nur wenig geändert. Der Dollar stieg von 212 auf 214, das englische Pfund von 930 auf 945, der holländische Gulden blieb auf 82 stehen, die tschechische Krone ging von 3.92 auf 3.79 zurück.

Diese Begründung sticht auf sehr schwachen Füßen, und sie wird nicht genehmigt sein, die Erregung der arbeitenden Bevölkerung zu befähigen. Das Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten Dato war ohne Zweifel ein politisches Attentat.

Die Regierung setzt sich mit dieser Begründung von selbst in einen inneren Widerspruch. Erst bestreitet sie den politischen Charakter des Mordes, nachdem sie aber das Ehepaar Hort in die Hände der spanischen Senker gespielt hat, versucht sie durch Betonung des sozialpolitischen Hintergrunds die Auslieferung vor einem Todesurteil zu bewahren.

Der „Vorwärts“ ist bemüht, die Haltung der Regierung zu beschönigen, wir hoffen aber, daß er damit kein Glück haben wird. Das Solidaritätsgesühl der Arbeiterchaft ist ebenso wie ihr Gerechtigkeitsinn stärker als die politischen Spitzfindigkeiten gewisser Rechtssozialisten, die sich bemühen, jede, auch die schärfste Handlung der Regierung den Massen genehmig zu machen.

Die deutsche Regierung aber ist um so weniger besorgt, im Falle des Ehepaars Hort von Gerechtigkeit zu reden, da sie in ihrem eigenen Lande der Gerechtigkeit nicht zum Siege verhelfen vermag. Wenn sie sich mit der gleichen Energie für die Bestrafung der m o n a r c h i s t i s c h e n M ö r d e r eingesetzt hätte, die in Deutschland Arbeiter und Arbeiterführer zu Hunderten niedergemetzelt haben, wie sie sich jetzt für die Auslieferung des Ehepaars Hort an den spanischen Senker

Der Fall Hermes

Die unterschlagene Denkschrift

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss gegen den Reichsminister Hermes hielt gestern eine Sitzung ab, in der Regierungsrat Funk, Geheimrat Augustin und Ministerialdirektor Dr. Heukamp als Zeugen vernommen wurden.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages, die der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gegen Hermes vorausging, war von der Regierung behauptet worden, daß die unrichtig beschuldigte Anschaffung des Autos und der Möbel von Dr. Heukamp absichtlich dem Finanzministerium verschwiegen worden sei.

Dr. Heukamp stellte nun fest, daß diese Darstellung unrichtig sei, und daß er dem Finanzministerium ausdrücklich mitgeteilt habe, daß Auto und Möbel bereits angeschafft waren, bevor die Mittel angefordert wurden.

Abg. Kay (Rom.) beantragt zur Geschäftsordnung, an erster Stelle einen Antrag zu behandeln, worin die Auslieferung der angeklagten Mörder Duros als schimpfliche Verletzung des internationalen Gastrechts bezeichnet und von der Regierung verlangt wird, auf sofortige Freilassung hinzuwirken.

Abg. Klobb (L. Sp.): Auch wir protestieren gegen diese Schmach und Schande und verlangen, daß über den Antrag verhandelt wird. — Der Antrag wird abgelehnt.

Hierauf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abschnitt A u. s. fortgesetzt.

Abg. Buchhorn (D. Sp.): Der Reigen und der Cello de Rheid-Prözel sind Zeichen der Zeit. Der weltliche Schund muß von unseren Bühnen verschwinden.

Abg. Frau Kunert (U. Sp.):

Wenn über den Verfall der Kunst geklagt wird, so braucht man sich nur die feilliche Verfallung der Kreise vorzustellen, die heute ein Monopol auf den Genus der Kunst haben. ... Die Kunst ist in möglichst kurzer Zeit" ist ihre Parole. ...

Abg. Hoff (Dem.): Die Landesbühnen-Organisation muß gefördert werden. Deutschland kann nur hochkommen, wenn es Qualitätsarbeit liefert. Diesem Ziele müssen die Kunstlehranstalten dienen.

Kultusminister Dr. Voelke: Das Ministerium ist sich der Verantwortung, die ihm aus der Pflege der Kunst erwächst, bewußt.

Abg. Frau Desterreicher (Soz.): Das Ministerium für Kunst und Wissenschaft und das Handelsministerium müssen mehr zusammenarbeiten. Die Reorganisation der Museen muß schnell erfolgen.

Abg. Waldeck-Branau (L. Sp.): Die Not der jungen Schriftsteller ist groß. Die ausgeschriebenen Preise entsprechen nicht dem geringsten Geldwerte. ...

Die allgemeine Aussprache schließt. — In der Einzelberatung wünscht Abg. Haenisch (Soz.) Ausbaur der Kunstakademien in Düsseldorf um, und Erhaltung des Düsseldorfer Schauspielhauses durch Staatszuschuß.

Abg. Wenzig (Soz.) begründet einen Antrag, die für den Ankauf von Kunstwerken für die Nationalgalerie ausgeworfene Summe auf 500 000 Mark und die für Beihilfe und Unterstützung für Kunstwerke sowie für Künstler und Literaten angelegten 500 000 Mark auf 2 Millionen Mark zu erhöhen.

Damit schließt die Aussprache über den Abschnitt Kunst. Es folgt die zweite und dritte Lesung des Gehrentwurfes betr. die Verstaatlichung der Polizei in Rheinland-Westfalen.

Abg. Otter (U. Sp.):

Der Polizeiparagraf, der im Ruhrrevier aufgebaut werden soll, ist geeignet, die deutsche Republik zu untergraben. ...

Hierauf wird die Besprechung des Kultusetats beim Abschnitt Höhere Lehranstalten usw. fortgesetzt.

Abg. Frau Jensen (Soz.): Der weibliche Einfluß an den höheren Lehranstalten muß verstärkt werden. ...

Abg. Frau Wenzel (Zit.) und Frau v. Tilling (Dnt.) lehnen die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter ab.

Abg. Frau Dr. Kemper (D. Sp.): Der Unterricht kann sich nicht lediglich auf die Reigen der Schüler aufbauen. ...

Abg. Schafem (Komm.): Wir begrüßen die wirklich fortschrittliche Schulreform, die Thüringen jetzt ins Werk setzt. ...

Das Arbeitszeitgesetz. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt die gewerkschaftlichen Organisationen zum 4. März in das Reichsberufungsministerium geladen, wo die Besprechungen über das Arbeitszeitgesetz fortgesetzt werden sollen.

Die einmalige Einschulung abgelehnt

Schul- und Streitdebatte

Vor der Berichterstattung über die Verhandlungen der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung müssen wir einige Bemerkungen über das Verhalten der sozialistischen Parteien machen.

Die Dienstag-Sitzung wurde durch Obstruktion des Bürgerblods beendet, weil die bürgerlichen Parteien bei der Erörterung der Schulfragen unter allen Umständen die sichere Mehrheit haben wollten. ...

Zu Beginn der Sitzung wurde durch eine dringliche Anfrage unserer Partei und einen Antrag der R. P. D. bekannt, daß der Magistrat gestern vormittag in einer Art, wie die Polizei-Verhörsprotokolle anzuhören pflegt, die Bureaus des Gesamtdirektorats der städtischen Betriebe und Verwaltungen plötzlich geschlossen hat.

Die wichtigste Schulangelegenheit, die gestern zur Beratung stand, war die Wiedereinführung der einmaligen Einschulung. ...

Tumulte auf einem Schupofest

Wie der Berliner Volkszeitung" aus Halle berichtet wird, kam es dort bei einem Fest der Schupolizei zu einem bösen Zwischenfall. ...

Dieser Vorfall legt erneut Zeugnis dafür ab, daß das Offizierskorps der Schupolizei durch und durch von monarchistischen Elementen durchsetzt ist. ...

Schwere Bluttat eines Fähnrichs

In Rathenow hat sich in der Nacht zum Donnerstag eine schwere Bluttat zugetragen, die die ganze Stadt in Aufregung versetzt hat. ...

Diese Bluttat ist aus dem Ungeist des preussischen Militarismus geboren. ...

lung der Vorlage und Einholung von Gutachten der wirtschaftlichen Interessentenverbände.

Zu neuen Erörterungen über den städtischen Streit gab Veranlassung die Behandlung des kommunistischen Antrages über die Wiedereinstellung der städtischen Arbeiter. ...

In der weiteren Debatte vertrat Stadtvorordneter Michaelis (Dem.) die Nachpolitik des Magistrats; ihm scheint es noch gar nicht klar genug zu gehen.

Nach einer Scharmachrede des Herrn v. Eynern (D. Sp.) und einer Oppositionsrede gegen die Arbeiter und gegen den Magistrat des Herrn Steiniger (Dnt.) wurde Schluß der Debatte beantragt und von der bürgerlichen Mehrheit herbeigeführt.

Wir stellen noch einmal fest: Als 110 Uhr die Abstimmung über den Schlußantrag stattfand, ergab sich dessen Annahme mit 88 bürgerlichen gegen 87 sozialistische Stimmen.

Er gehört scheinbar auch mit zu den Traditionen des alten Heeres, die die Reichswehr unbedingt pflegen will.

Die Spur der Erzbergermörder

Aus München wird gemeldet: Die Staatsanwaltschaft in München beschäftigt sich mit einem Telegramm vom 20. Dezember 1921, das von einem an dem Morde an Erzberger Beteiligten geschrieben und an einen in München wohnenden Rechtsanwalt gerichtet war. ...

So lange sich die Mörder Erzbergers in Ungarn aufhalten, wird es kaum möglich sein, ihrer habhaft zu werden. ...

Ein neuer Mann im preussischen Handelsministerium. Wie die „Dena" von zuständiger Stelle erzählt, hat der preussische Handelsminister Stering im Einkommen mit dem Finanzminister von Richter den Vergessenen a. D. Kosta in das Handelsministerium berufen.

Händlerunwesen in Oberschlesien. In das Bankgeschäft von Wermann in Kattowitz, drangen Mittwochs gegen 7 Uhr abends sieben Banditen mit laubereiten Revolvern ein und verlangten von den Angestellten die Herausgabe des Geldes.

Explosion im Eisenbahng. Donnerstags nachmittags ereignete sich in einem Wagen der 4. Klasse des von Köln nach Barmen Mittelrhein während des Zuges während des Haltes eine Explosion. ...

Menschlichkeit

Am 20. Februar, abends um 1/9 Uhr, versuchte in der Alexanderstraße, nahe dem Alexanderplatz, ein älterer Mann von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abzupringen und geriet dabei zu Fall, ohne jedoch überfahren zu werden.

Leutonische Bismarckfeier

Hochanseh! Es gibt noch — ein Glück für Deutschland — „deutschliebende“ Mitbürger, die das leutonische heilige Feuer in ihrem Busen mahnen und anscheinend keine anderen Sorgen haben, als am 1. April eine Bismarckfeier zu arrangieren.

Der Berliner Arbeiterschaft den 1. April höchstens zu lustigen Karrenfahrten benutzen wird, aber keinesfalls dazu, einer Bismarckfeier beizumohnen.

Vereitelte Anschlag auf einen Geldtransport der Straßenbahn

Einen Raubüberfall auf einen Kassen-Transport der Straßenbahn hatte eine Bande geplant, die von der Kriminalpolizei unbeschädigt gemacht wurde. In der Spitze der Gesellschaft handelte ein 34 Jahre alter aus Breslau im Kreis Ostpreußen gebürtiger Schlosser Friedrich Fischer, der als tätiges Mitglied der Plätiner-Kolonie eifrig gesucht wurde.

auf Tod, gegen Babichinski wegen Beihilfe auf lebenslängliches Zuchthaus. Die Geschworenen beabsichtigten ein Gnadenzeugnis zugunsten Pieper einzurücken.

Ueber eine Million Geldstücke wegen Zollhinterziehung. Ein Opfer des Bolschewismus will der neunzehnjährige Kaufmann Kasimir Kastorgue aus Moskau geworden sein, der sich unter der Anklage des Zollvergehens und der Einfuhr von Brillanten ohne Erlaubnis vor dem Wuchergericht des Landgerichts II zu verantworten hatte.

Zwei große Wohnungseinbrüche durch Passadenkletterer. Ungewöhnlich reiche Leute machten Passadenkletterer in der Nacht zu gestern an zwei verschiedenen Stellen, wo sie mit unerhörter Dreistigkeit in Wohnungen gewaltsam eintrugen und diese in aller Ruhe ausplünderten.

Raubmordverbrechen. Gestern nachmittag gegen 5 1/2 Uhr wurde der Fabrikbesitzer Reimwurm in seinem Geschäftszimmer, im Haus Kommandantenstraße 46, durch den bei ihm beschäftigten 17jährigen Arbeiter Reichardt Schulte aus der Wassertrasse 27 tödlich überfallen.

Kollektoren ohne Ende. Seit mehr als vierzehn Tagen ist die überwiegende Mehrzahl der Berliner städtischen Schulen geschlossen. Die Kinder, die sich gewöhnlich am Montag morgen in den Klassen melden mußten, erschienen immer wieder den Schreibern, doch aus Mangel an Heizmaterial der Unterricht um abendliche acht Tage ausgesetzt werden mußte.

Der Raubmord in der Telefunkenstation

Der an dem 85jährigen Wächter Steinfle in Seehof bei Teltow begangene Raubmord kam gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung. Angeklagt waren der bisher unbescholtene August Pieper und der landwirtschaftliche Arbeiter Bernhard Babichowski. Es handelt sich um ein mit laßter Heberlegung planmäßig ausgeführtes Verbrechen, an dem noch ein bisher nicht ermittelt dritter, der landwirtschaftliche Arbeiter Otto Dillig, beteiligt war.

Die Umsteigesfahrtsstraßen der Hochbahn. Die Einführung der neuen Umsteigesfahrtsstraßen im Wechselverkehr zwischen der Straßenbahn und der Hochbahn soll am 1. März erfolgen. Der Umsteigesfahrtsverkehr wird in zwei verschiedenen Ausrichtungen zur Erleichterung der Kontrolle ausgegeben.

Verlesen hat ein Parteitag am Dienstag, den 21. Februar, abends nach 10 Uhr eine schwarze Strifische. Inhalt: 99 Parteitagsmarken, Mitgliedsausweis der Genossenschaft „Freiheit“, zwei Billets des Theaters des Ostens, zwei Billets zur Kreuzkammer, Aufnahmebescheinigung zum Wahlzirkel usw.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Englisches Übersetzung von Franziska Schlegel, amerikanisches Copyright 1918 by Wolff & Co., Berlin (N. Fortsetzung)

Sie nahm mich bei der Hand und führte mich durch die Dunkelheit wie einen Blinden. Die Nacht war stockfinster und feucht, der Wind wehte scharf daher wie ein rasender Strom, und der nasse, kalte Sand hielt die Füße fest.

Ja, ja, die Menschen! Wie schön wär's, wenn sie so recht brüderlich miteinander lebten, wenn einer immer für den andern und Gott für sie alle sorgte!

Sande und keissen und klatschten nach Herzenslust; die Kinder spielten „Butterbrot“, warfen um die Wette mit dem Ball oder Knüttel, und die Mütter sahen ihnen zu, lobten die Gewandtheit und tadelten die Ungeheuerlichkeiten.

In den Herrgott denkt der Reiche nicht, Dankt nicht an des Jüngsten Tags Gericht.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Stellungnahme der gemahregelten Gemeinbedarbeiter Wo sind die „überschüssigen Kräfte“?

Die Frage der „überschüssigen Kräfte“ spielt jetzt beim Berliner Magistrat nach dem Streik der Gemeinbedarbeiter eine große Rolle. Einer Kleinlichen Rahepolitik läßt man freien Lauf. Mit diesen Dingen beschäftigte sich daher gestern eine vom Lohnkartell einberufene Versammlung in den Sophienkassen, die den Bericht und die Maßnahmen zur Wiedereinstellung der auf der Strecke Gebliebenen entgegennahm. Die sozialistischen Parteien waren durch Delegierte vertreten.

Lagodzinski führte aus, daß der Magistrat und der Bürgermeister Böß Wortbruch begangen hätten und entgegen ihrer Zusicherung, daß keine Maßnahmen vorgenommen werden, doch nachträglich sogar langjährige Funktionäre entlassen wurden. Die eingeleitete Hauptverbandskommission, bestehend aus vier Kollegen und aus Böß, Karding, Schlichting und Treidel, hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Bei der Straßenbahn sind die Schwierigkeiten am größten.

Die Erwerbslosenfürsorge verweigert aber den Opfern die Erwerbslosenunterstützung. Hiller vom Transportarbeiter- und Koch vom Metallarbeiter-Verband gaben die Stellungnahme ihrer Organisationen bekannt und teilten die Anzahl der wegen „Arbeitsmangel“ Entlassenen mit.

Unter Gen. Zimexmann sagte im Namen der U. S. V. D. Faktion zu, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Gemahregelten wieder in Arbeit zu bringen, und erklärte weiter, die S. V. D. hätte ebenfalls Wortbruch getrieben. Prolat, S. V. D., erklärte, in den städtischen Betrieben seien in letzter Zeit jeweils Arbeitskräfte beschäftigt gewesen, und es sei nicht möglich, daß alle wieder eingestellt werden.

Die Diskussion erbrachte viele Beweise für die üble Art des Vorgehens des Magistrats. Im übrigen wurde aber dem „Vertrat“ der Gewerkschaften die Schuld an diesen Zuständen gegeben. (? Red.)

Eine längere Entschließung brandmarkte die Methoden des Magistrats, verlangt die schnellste Einstellung der Gemahregelten, ansonsten die städtische Arbeiterkraft „erneut auf den Plan treten“ wird, um diesem schändlichen Treiben ein Ziel zu setzen.

Wir haben erst in Nr. 81 die Frage der „überschüssigen Kräfte“ hier behandelt. Es wäre notwendig, die Stichhaltigkeit dieses Arguments endlich zu beweisen. Deshalb erscheint es uns notwendig, daß hier eine paritätisch zusammengesetzte Kommission diese Frage zu prüfen und Bericht zu erstatten hätte. Weiter könnte diese Kommission auch die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe prüfen und organisatorische und betriebstechnische Vorschläge machen, dahingehend, um vorbildliche Betriebe mit aktiver Bilanz zu schaffen.

Arbeitsverhältnisse bei Rosse

Auf dem der Rudolf Rosse'schen Gutsverwaltung gehörigen Gut Schenkenhof bei Königswusterhausen herrscht eine sonderbare Rechtsauffassung.

Ein dort beschäftigter Wirtschaftsinспектор wurde vor einigen Wochen ohne Angabe von Gründen entlassen. Auf Einspruch beim Schlichtungsausschuss wurde die Firma Rosse verurteilt, eine Entschädigung in Höhe des Gehalts für 1/2 Jahr zu zahlen. Die Gutsverwaltung, die zunächst einmal einen Familienvater ohne irgendeinen Grund brotlos gemacht hat, denkt aber nicht einmal daran, dem Spruch des Schlichtungsausschusses gemäß die Entschädigung zu zahlen; vielmehr läßt sie durch ihre Rechtsanwältin vor dem Amtsgericht, dem nun die Ange-

legenheit übergeben ist, allerlei Winkelzüge machen, die darauf hinauslaufen, die Angelegenheit zu verschleppen, ihm den brotlos gemachten Wirtschaftsinспектор um seine ihm zuerkannten Rechte zu bringen.

Ferner wurde vor dem Schlichtungsausschuss festgestellt, daß die Rosse'sche Gutsverwaltung nicht einmal den tarifmäßigen Lohn zahlt, sondern einen weit niedrigeren.

Um Gelder zu sparen, ist auch niemand von den dort Beschäftigten in der Krankenkasse angemeldet gewesen. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie das soziale Empfinden dieser Firma der Arbeiterkraft gegenüber in Wirklichkeit aussieht. Traurig ist es nur, daß immer noch ein Teil der Angestellten und Arbeiter auf die zu nichts verpflichtenden „volksfreundlichen“ Redewendungen, die in den Zeitungen stehen, die von dieser Firma herausgegeben werden, hereinfällt.

Die Arbeitsvermittlung für Wanderarbeiter

Am 14. Februar fand in Dresden eine Zusammenkunft zwischen Vertretern einer auswärtigen Regierung und Vertretern der Deutschen Arbeiterzentrale statt, in der die für das Jahr 1922 geltenden Bedingungen für die Übernahme ausländischer Wanderarbeiter auf deutsche landwirtschaftliche Großbetriebe festgelegt wurden.

Es ist unverständlich, wie es möglich sein kann, daß noch in heutiger Zeit die Regelung einer wirtschaftlich und politisch so bedeutsamen Frage, wie sie die Beschaffung ausländischer Wanderarbeiter ist, von den deutschen Regierungsbehörden einem Institut überlassen bleibt, das in seiner inneren Struktur dem Wandel der Verhältnisse seit der Revolution in keiner Weise Rechnung getragen hat und auch nicht den Willen zeigt, seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung mit neuem Geiste zu erfüllen.

Die Leitung der Deutschen Arbeiterzentrale liegt noch heute ausschließlich in Händen landwirtschaftlicher Arbeitgeber. Sie hat sich bis heute noch nicht dazu bequemt, ihren Betrieb einer aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildeten paritätischen Leitung zu unterstellen, und ist allen dahin zielenden Bestrebungen mit einer wohlgefügten Verschleppungspolitik ausgemichen.

Die Deutsche Arbeiterzentrale untersteht dem preussischen Ministerium des Innern. Was hat das Ministerium getan und was denkt es noch zu tun, um Wandel zu schaffen?

Es ist Zeit, daß die maßgebenden Behörden sich mit dem Institut befassen, zumal auch in dessen innerem Betriebe höchst bedenkliche Zustände herrschen sollen.

Heizerschulen!

In dem Ausstellungsgelände für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11, fanden am 21. Februar die Eröffnung und der Anfang des Kursus der hiesigen Heizerschule Berlin statt. Betreten waren: Das Reichswirtschaftsministerium, Ministerium für Handel und Gewerbe, Stadt Berlin, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Herr Ministerialdirektor Dr. Jung eröffnete den Kursus und wies in längerer Ausführung darauf hin, daß man sich mit der Heizerberufsausbildung erst seit dem letzten Jahrzehnt intensiv beschäftigt; des weiteren, daß gerade die Heizer dazu mitwirken könnten, mit der Kohle im Interesse des Volksganzen sparsam umzugehen. Durch die ungeheure Preissteigerung (Preis für eine Tonne Kohle 750 Mark) liegt es im Interesse aller, daß dieser Brennstoff rationell ausgenutzt wird. Aus diesem Grunde sind auch durch die maßgebenden Kreise und unter besonderer harter Mitwirkung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer, als Berufsorganisation der Heizer, im ganzen Deutschen Reich die Schule eingerichtet und die Richtlinien für diese Schulen ausgearbeitet worden. In über 40 Orten sind jetzt bereits diese Heizerschulen vorhanden. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß das Reich die Mittel nicht zur Verfügung stellen konnte und somit die

einzelnen Schulausschüsse auf sich selbst angewiesen waren. Er hofft, daß im Interesse der gesamten Wirtschaft diese Schulen sehr nützlich sein werden, da auch von anderen Gegenden Deutschlands sehr günstige Resultate in dieser Hinsicht erzielt seien.

Als Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen, Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und als Mitglied des Schulausschusses sprach der Kollege Müller, der auf die Bedeutung der Schule hinwies und hofft, daß gerade die Kollegen von diesen mit so vieler Mühe aufgebauten Kursen recht regen Gebrauch machen werden und somit auch alle Berufscollegen zum allgemeinen Wohl des Wiederaufbaues der Wirtschaft beitragen.

Der nächste Kursus ist ein Tageskursus, der jedenfalls im Mai 1922 stattfinden wird. Auskunft erteilt die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer, Engelauer 25, Zimmer 27.

Streik der Böttcher! Der Böttcherverband teilt uns mit, daß die Gruppe der Werkstättenböttcher beschlossen hat, wegen Ablehnung ihrer Forderung in den Ausstand zu treten. Wie weiter verlautet, haben die Herren Wöbel, Hafffabrik, Spandau (ehemalige reklamierte Kriegslieferanten und „Gewinnler“), und Dahn, Vereinigte Hafffabriken, Antonstraße, durch ihr arismacherisches Auftreten hervorragenden Anteil an dem Ausschluß der Böttcher und verdienen, öffentlich genannt zu werden.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 24. Februar

- 13. Verwaltungsbereich (Tempelhof, Marienhof, Marienfelde, Wilmersdorf), Abends 7 Uhr eigene Vorbereitung bei Streuer, Chausseestraße.
- 11. Bezirk. Heute einladen zu dem am Freitag, den 27., beim Gen. Scheide, Poststr. 2, stattfindenden Frauenfestabend.
- 12. Bezirk (Kreuzberg). 7 Uhr wichtige Versammlung der Ortsbeiräte in der Schulaula, Diefenbachstr. 61/62.

Sonnabend, 25. Februar

- 1. Verwaltungsbereich, Berlin-Mitte. Sitzung der Bezirkskommissionen und kommunalen Kommissionen 8 Uhr im Lokal von Hagen, An der Steglauer Brücke 9.
- 13. Verwaltungsbereich (Tempelhof, Marienhof, Marienfelde, Wilmersdorf). Abends 7 1/2 Uhr findet im Lokal des Reichsanwalts in Tempelhof, Kolonnenstraße 7, ein großes „Gewinnler“-Fest statt. Vortrag und Klavier: Dr. Groll, Reichs-Verband, ein großes „Gewinnler“-Fest. Vortrag und Klavier: Dr. Groll, Reichs-Verband, ein großes „Gewinnler“-Fest. Vortrag und Klavier: Dr. Groll, Reichs-Verband, ein großes „Gewinnler“-Fest.
- 12. Bezirk. Abends 6 Uhr Funktionärstreffen bei Hoffmann, Elystr. 8, Tempelhof. In dem ebenfalls 8 Uhr beginnenden Ausschuss in der Aula des Reichsanwalts Kolonnenstraße sind Karten bei allen Funktionären zu haben. Da der Besuch zu empfindlich wird, um regen Beteiligung gebeten.

Sonnabend, 25. Februar

- 13. Verwaltungsbereich, Berlin-Mitte. Sitzung der Bezirkskommissionen und kommunalen Kommissionen 8 Uhr im Lokal von Hagen, An der Steglauer Brücke 9.
- Sozialistische Delegierten-Tage, Gruppe Wilmersdorf. Abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula Gaimstraße 18 Unterhaltungsabend mit abwechselndem Programm, zu dem alle Freunde der Tagesabend eingeladen sind. Karten zum Preis von 2 M. sind an der Abendkasse zu haben. Jurenbillich haben freien Eintritt.
- Krankeklasse der Mitglieder des Deutschen Böttcherverbandes. Abends 6 Uhr: Delegiertenabend im Schulhof, Neue Jakobstr. 24/25.

Sonntag, 26. Februar

- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Section V. Mittags 1/4 Uhr in der Brauerei Friedrichshagen. Vorbereitung der am 12. Februar vertagten Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Entwurf der Leitungsorgane. 3. Die Kündigung des Lohnvertrages und die Stellung zu einem Neubeschluß. 4. Kritische und verschiedene Mitteilungen über Parteileitung.
- Heizer-Wanderband Naturfreunde, Ortsgruppe Gesundbrunnen, veranstaltet in der Aula Genthaler Str. 8 drei Filmvorstellungen „Im Kampf mit dem Terror“, Anfang vorm. 10 Uhr (Aubergenschiffhaus, Eintritt 1 M., Erwachsene 2,50 M.), nachm. 3 Uhr (2,50 M.) und 7 Uhr (3 M.).

Unserlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend ausführlicher Bescheidungsbescheid beiliegt. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreis.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Inseraten- und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romer, Berlin; - Verlagsverwalter: Friedrich Heilmann, Berlin - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.



„Die Neueste Deutsche Mode“ in jeder Größe am Lager.

Schnittmuster-Verkaufsstellen in Berlin:

Breite Straße 11
Reinickendorfer Straße 15

Oranienstraße 41
Neue Schönhauser Straße 11

Brunnenstraße 134 · Carmen-Sylva-Straße 136 · Danziger Straße 85 · Frankfurter Allee 64 · Franseckystraße 23 · Fürbringerstraße 31 · Gneisenowsstraße 2 · Großbeerstraße 60, Ecke Yorkstraße · Hohenlohestraße 14 · Hufelandstraße 36 · Jungstraße 36 · Malmör Straße 14 · Mantuffelstr. 108 · Müllerstraße 145 · Oderberger Straße 54 · Rankestraße 7 · Veteranenstraße 17 · Zossener Straße 35

Kaufhaus Fr. Hahn
Alexanderpl., Landsberger Str. 60-63

Kaufhaus F. Nahrstedt
Berlin SO 33, Wangelstr. 40-41

Kaufhaus Gebr. Wolf
Berlin N 4, Invalidenstr. 134

- Adlershof: Bismarckstraße 58
- Baumshulencweg: Baumshulencstraße 18
- Borsigwalde: Konradstraße 10
- Charlottenburg: Schillerstr. 83
- Berliner Straße 121
- Guerickestraße 5
- Friedenau: Thorwaldsenstraße 5
- Friedrichsfelde: Berliner Str. 100
- Friedrichshagen: Friedrichstraße 49
- Johannishof: Johannes-Werner-Straße 25
- Karlshorst: Treskowallee 99a
- Köpenick: Schloßstraße 5
- Groß-Lichterfeld: Hindenburgdamm 58a

- Lichtenberg: Kantstraße 44
- Wilhelmstraße 66
- Seumestraße 26
- Rothausstraße 7
- Marlendorf: Chausseestraße 44
- Neukölln: Hobrechtstraße 18
- Kaiser-Friedrich-Straße 111
- Steinmetzstraße 78
- Bergstraße 104
- Emser Straße 132
- Niederschönhausen: Kaiser-Wilhelm-Str. 65 u. 5
- Niederschönhausen: Berliner Straße 56
- Oberschönhausen: Fritschestraße 35
- Pankow: Dammerowstraße 62
- Schönholzer Straße 5
- Reinickend.-W.: Eichbornstr. 14

- Rosenthal I: Hauptstraße 18
- Schlachensee: Viktoriastraße 11
- Schöneberg: Leuthenstraße 12
- Apostel-Paulus-Straße 25
- Siemensstadt: Nonnendamm 82 u. 99
- Spandau: Moritzstraße 23
- Klosterstraße 5
- Südende: Stephanstraße 5
- Tegel: Schleierstraße 15
- Teltow: Berliner Straße 5
- Tempelhof: Kaiserin-Augusta-Straße 67
- Treptow: Graetzstraße 22
- Wilmersdorf: Berliner Allee 50 u. 94
- Frenzlauer Promenade 19
- Wilmersdorf: Detmolder Str. 10
- Zehlendorf-Mitte: Teltower Straße 5



Schnittmuster-Lager in sämtl. Filialen der Firma W. Spindler, Färberei u. chemische Waschanstalt

Unsern neuen Frühjahrs-Gesamts sind wir glücklich